

Beschluss der Mitgliederversammlung LINKE.Neukölln am 2. September 2019

Wohnen bezahlbar machen, Mietendeckel verteidigen

1. Der im Hause Lompscher ursprünglich entworfene Mietendeckel, wäre eine enorm wichtige Erleichterung für bis zu 1,5 Millionen Berlinerinnen und Berliner gewesen. Doch als Reaktion auf die Schmutzkampagne der Immobilienlobby und der bürgerlichen Medien ist der Entwurf empfindlich abgeschwächt und der Bewegung ein Dämpfer versetzt worden.

2. Während der ursprüngliche Vorschlag einen Mietendeckel auf dem Niveau von 2011 mit Mieten zwischen 3,42 Euro und 7,97 Euro pro Quadratmeter vorsah, wird dieses Maß jetzt angehoben auf die gestiegenen Mieten von 2013 mit 5,95 und 9,80 Euro pro Quadratmeter kalt! Zusätzliche Aufschläge für sanierte Wohnungen sind möglich. Ob der Mietendeckel bei Neuvermietungen doch umgangen werden kann, muss sich noch zeigen. In ersten Berichten hieß es, dass Ausnahmen zur Vermeidung dauerhafter Verluste beantragt werden können.

3. Dieser Angriff der Immobilienlobby muss zurückgeschlagen werden. Wir können nicht tatenlos zusehen, wie die Genoss*innen im Senat vor ihrem Druck einknicken. Der ursprüngliche Vorschlag für den Mietendeckel muss wieder auf die Tagesordnung und dafür mobilisiert werden.

4. Der Bezirksverband Neukölln unterstützt den Vorschlag des Bündnisses „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“, am 28. September eine Großdemonstration zu organisieren, und mobilisiert dafür und unterstützt weitere Aktionen, die dazu genutzt werden, um den ursprünglichen Mietendeckel einzufordern. Wir fordern den Landesverband sowie die Gewerkschaften auf, den Vorschlag ebenfalls zu unterstützen und praktisch dafür zu mobilisieren und Ressourcen bereitzustellen.

5. Die Einführung eines Mietendeckels wäre ein weiterer Schritt zur Entlastung der Beschäftigten und Armen dieser Stadt. Damit erledigt sich jedoch nicht die Notwendigkeit, die großen Immobilienkonzerne zu enteignen sowie die Investitionen in einen öffentlichen Neubau auszuweiten, um die wachsende Wohnungsnot zu bekämpfen. DIE LINKE.Berlin hat die Unterstützung für den Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ beschlossen und auf ihre Plakate im Europawahlkampf den Slogan geschrieben und Unterschriften gesammelt. Nachdem die erste Unterschriftenhürde im Laufschrift genommen wurde, liegt der Antragstext jetzt bei der Senatsinnenverwaltung zur rechtlichen Prüfung. DIE LINKE muss dafür sorgen, dass jede weitere Verzögerung beendet wird und dem Bündnis keine weiteren Steine in den Weg gelegt werden